

RCDS verteidigt seinen Studentenrat

Studierendenvertretung wehrt sich gegen Kritik von der Landes-ASTen-Konferenz und von den Grünen

hob. Vehement weist der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) die Kritik der grünen Landtagsabgeordneten Theresia Bauer und der Landes-ASTen-Konferenz am Modell der Studentenparlamente zurück (RNZ vom 23. November). Der RCDS und der Landesverband der Liberalen Hochschulgruppen hätten in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam dieses Modell der studentischen Mitbestimmung entworfen. Durch die gute Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium, den Landtagsfraktionen und der Landesregierung sei es nun gelungen, das Modell durchzusetzen, so RCDS-Landesvorsitzender Roman Link:

„Die Vorwürfe, diese Initiative der Landesregierung sei allein eine Wahlkampf-taktik und einzig der RCDS würde dieses Modell befürworten, dürften mithin widerlegt sein.“

Das umstrittene Modell sieht vor, dass es innerhalb der Universität ein zentral gewähltes Gremium gibt, aus dem sämtliche Studentenvertreter in die anderen Gremien gewählt werden. Link: „Dieser Studentenrat soll, anders als der bisherige AStA, sich zu sämtlichen hochschulpolitischen Themen äußern dürfen, so auch zu den wirtschaftlichen Belangen der Studenten.“ Gleichzeitig solle das Gremium Einspruchsrechte im Bereich der Verwen-

dung der Studiengebühren erhalten. Daneben solle der Studentenrat auch Anfragen an alle universitären Gremien stellen dürfen und als zentraler Ansprechpartner für das Rektorat gelten.

„Der RCDS lehnt ein allgemeinpolitisches Mandat hingegen entschieden ab“, betont Link. Das mache „in etwa so viel Sinn, wie eine Entscheidungsbefugnis des Gemeinderats über den Afghanistan-einsatz der Bundeswehr.“ Auch eine eigene Befugnis des Rates, Gebühren von Studenten zu erheben, sei nicht erforderlich. Vielmehr solle das Gremium ein eigenes Budget aus dem Universitätshaushalt erhalten.